

NACHRICHTEN

Italien plant deutliche Steuersenkungen

ROM: Zwei Tage nach der Verabschiedung der Steuerreform in Deutschland hat auch die italienische Regierung deutliche Steuersenkungen angekündigt. Geplant sei eine Senkung der Einkommenssteuer um zwei Prozentpunkte, sagte Finanzminister Ottaviano Del Turco in einem am Sonntag veröffentlichten Interview mit der Tageszeitung «Il Messaggero». Derzeit liegt der Mindeststeuersatz in Italien bei 19 Prozent. Der Höchstsatz wurde im Rahmen einer Teilreform bereits von 51 auf 45,5 Prozent gesenkt.

Frankreich gedenkt der Opfer der Kollaboration

PARIS: Überlebende des Holocausts, Vertreter der jüdischen Gemeinde und französische Politiker haben sich am Sonntag in Paris zum ersten Gedenktag an die jüdischen Opfer des französischen Staats während des Zweiten Weltkriegs versammelt. Der Gedenktag, der im Februar vom Parlament beschlossen wurde, erinnert auch an die Menschen, die Juden während der Zeit der französischen Kollaboration mit dem Naziregime halfen. Der Parlamentsbeschluss, der die «Opfer der rassistischen und antisemitischen Verbrechen des französischen Staates» anerkennt, gilt als weiterer Schritt in der Bewältigung der französischen NS-Vergangenheit. Rund 1000 Menschen versammelten sich am Sonntag an der Stelle des 1959 abgerissenen Pariser Radsportstadions Vel d'Hiver, wo am 16. und 17. Juli 1942 mindestens 13 000 Juden für ihren Transport in Todeslager zusammengetrieben wurden. Zwischen 1941 und 1944 wurden rund 75 000 Juden von Frankreich deportiert.

Brandanschlag auf Asylunterkunft



LUDWIGSHAFEN: Bei einem Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Ludwigshafen sind in der Nacht zum Sonntag drei Kinder von Kosovo-Albanern zum Teil schwer verletzt worden. Die Polizei hat noch keinerlei Spur von den Tätern. Ein elfjähriges Mädchen erlitt schwere Brandverletzungen an den Beinen und musste in ein Krankenhaus gebracht werden, wie die Polizei mitteilte. Ein zwölfjähriges Mädchen und ein 14-jähriger Junge wurden von einer zersplitterten Glasscheibe an den Händen leicht verletzt. Beide wurden ambulant behandelt. Die Hintergründe des Anschlags waren zunächst völlig unklar. Die Polizei schloss ein fremdenfeindliches Motiv nicht aus. Nach ihren Angaben wurde der Brandsatz Uhr von einer Bahntrasse hinter dem Haus durch ein Fenster im Erdgeschoss geworfen. Nach ersten Erkenntnissen handelte es sich dabei um ein Molotow-Cocktail.

Putin will strategische Partnerschaft mit China

MOSKAU: Der russische Präsident Wladimir Putin will mit China eine «strategische Partnerschaft» aufbauen. Putin sagte am Sonntag, die Hauptaufgabe Russlands in der internationalen Politik sei der Erhalt des Gleichgewichts der Kräfte und Interessen. Putin reist am Montagabend nach Peking ab, am Mittwoch wird er als erster russischer Staatschef im kommunistischen Nordkorea erwartet. Ab Freitag nimmt er am Gipfel der sieben führenden Industrienationen und Russlands (G-8) im japanischen Okinawa teil.

UN-Blauhelme in Sierra Leone evakuiert

FREETOWN: Mit einer Militäraktion haben die Vereinten Nationen in Sierra Leone alle 233 in Rebellengebiet eingeschlossenen UN-Mitarbeiter befreit. Während die elf Militärbeobachter und rund 30 Blauhelme bei der Rettungsaktion am Samstag mit Hubschraubern abgeholt wurden, kämpften sich die übrigen Friedenssoldaten nach Angaben der UN über matschige Wege Richtung Daru, einem von UN kontrollierten Ort in etwa 20 Kilometern Entfernung.

Fortschritte bei Nahost-Gesprächen

Grossdemonstration in Tel Aviv gegen Baraks Kurs

TEL AVIV: Mehrere zehntausend Menschen haben sich am Sonntagabend in Tel Aviv versammelt, um gegen den Kurs von Ministerpräsident Ehud Barak bei den Friedensgesprächen in Camp David zu demonstrieren.

Die Anhänger der rechtsgerichteten Opposition trugen Spruchbänder mit sich, auf denen sie Barak vorwarfen, das Land ins Verderben zu führen. Auf den Transparenten forderten sie einen «anderen Frieden» und die Ablösung des Regierungschefs. Auf einem riesigen Ballon stand: «Wir sind die Mehrheit». Israelische Medien sprachen von 100 000 Demonstrierenden.

Am Sonntag kam es am zweiten Tag in Folge in Hebron zu Zusammenstössen zwischen Palästinensern und jüdischen Siedlern. Dabei wurde mindestens ein Palästinenser durch Schläge eines israelischen Soldaten verletzt. Bereits am Samstag waren 20 Menschen bei Ausschreitungen verletzt worden.

Beim Nahost-Gipfel in Camp David war die Atmosphäre am Wochenende offenbar gut. Aus Verhandlungskreisen verlautete, die Palästinenser hielten sogar den Abschluss eines Rahmenabkommens



Mehrere zehntausend Menschen demonstrierten am Sonntagabend in Tel Aviv gegen den Kurs von Ministerpräsident Ehud Barak bei den Friedensgesprächen in Camp David. (Bild: Keystone)

innerhalb weniger Tage für denkbar.

Clintons Sprecher P.J. Crowley sagte, der US-Präsident wolle Israel und Palästinensern in den kommenden Tagen Zugeständnisse abringen. Eine Einigung in strittigen Punkten solle noch vor Clintons

Abreise am Mittwoch zum G-8-Gipfel in Japan erfolgen.

Im Verlauf des fünften Gipfel-Tages hatten die drei Regierungschefs und US-Aussenministerin Madeleine Albright am Samstag bereits eine Reihe informeller Gespräche geführt.

Die Delegationen hätten den ganzen Tag in Arbeitsgruppen über die strittigsten Probleme beraten: Neben der Jerusalem-Frage sei es um die Grenzen eines Palästinenserstaates und die jüdischen Siedlungen im Westjordanland gegangen.

Wahlreform in Ägypten

KAIRO: Das ägyptische Parlament hat am Sonntag der Reform des Wahlrechts zugestimmt. Nachdem das Oberhaus die Änderung bereits am Vortag gebilligt hatte, sprach sich nach Angaben des Abgeordneten Ahmed Abu Seid auch der Rat des Volkes in einer Sondersitzung einstimmig dafür aus, dass die Justiz künftig das alleinige Recht zur Wahlaufsicht haben soll. Die Parlamentarier folgten damit dem Vorschlag von Präsident Husni Mubarak. Das neue Wahlgesetz soll am heutigen Montag in Kraft treten. Das Verfassungsgericht des Landes hatte am 8. Juli entschieden, dass nur Vertreter der Justiz den Ausschüssen zur Wahlbeobachtung vorsitzen dürfen. Bislang durften auch Beamte an der Spitze der Komitees stehen. Mubarak hatte daraufhin ein entsprechendes Dekret erlassen.

Weitere Kämpfe in Tschetschenien

Anschlag auf russischen Zug

GUDERMES: In der Nähe der tschetschenischen Hauptstadt Grosny haben Rebellen am Samstag einen Bombenanschlag auf einen gepanzerten Zug des russischen Militärs verübt. Dabei seien eine Köchin getötet und sechs Soldaten verletzt worden, teilte die Pressestelle des Kaukasus-Militärstabs am Sonntag mit.

Der Sender NTW berichtete, die Rebellen hätten am Sonntag auch eine russische Panzerkolonne angegriffen. Angaben über Opfer gab es zunächst nicht. Gefechte wurden auch aus Tschernoretschje, einem Vorort von Grosny, gemeldet.

Am Freitag hatten russische Truppen versehentlich ihr eigenes Hauptquartier Chankala bei Grosny beschossen, zwei Soldaten wurden verletzt. Wie es dazu kommen

konnte, war unklar. Nach der offiziellen Version des Generalstabs hatten etwa 15 Rebellen das Hauptquartier angegriffen. Den Befehl für den Abschuss von insgesamt fünf 122-Millimeter-Geschossen habe der Kommandant einer Granatwerferinheit gegeben, hiess es. Jedoch habe eine Granate wegen eines technischen Defekts die falsche Richtung genommen.

In der russischen Bevölkerung sinkt einer Umfrage zufolge fast ein Jahr nach Beginn des Kaukasuskrieges die Unterstützung für den Tschetschenien-Feldzug, der bislang fast 2500 russische Soldaten das Leben gekostet hat.

Während im März noch 58 Prozent der Russen für die Fortsetzung des Feldzuges im Kaukasus waren, sank die Zahl im Juli auf 48 Prozent.

Bald weitere Geiseln frei?

ZAMBANGA: Die Entführer auf den Philippinen wollen nach Angaben von Vermittlern noch in die Woche weitere Geiseln freilassen. Es sind greifbare Näherheiten, dass mindestens ein der drei im März drei Monate lang in der philippinischen Hauptstadt Manilla gefangen gehaltenen Journalisten freigelassen werden könnten. Die Entführer verlangten für die Freilassung der Journalisten ein Lösegeld von 10 Millionen US-Dollar. Die philippinische Regierung hat sich bereit erklärt, das Lösegeld zu zahlen. Die Freilassung der Journalisten ist jedoch von der Freilassung weiterer Geiseln abhängig. Die Entführer haben sich bereit erklärt, die Freilassung der Journalisten zu beschleunigen, wenn die Regierung die Freilassung weiterer Geiseln beschleunigt. Die Freilassung der Journalisten ist jedoch von der Freilassung weiterer Geiseln abhängig.

ETA verschärft ihren Terror

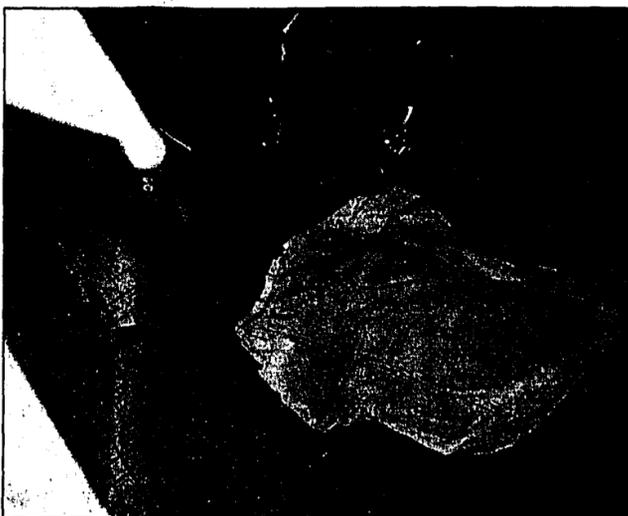
Politiker erschossen, Bombe gegen Polizei gelegt

MADRID: Bei einem Attentat massenhaft baskischer Separatisten ist in der Nacht zum Sonntag im südspanischen Malaga ein konservativer Lokalpolitiker erschossen worden. 15 Stunden später wurde bei einem Autobomben-Anschlag im nordspanischen Agreda eine Frau verletzt.

Die spanische Regierung machte die Untergrundorganisation ETA für den Mord an dem 49-jährigen José Maria Martin Carpena verantwortlich. Der Lokalpolitiker der Volkspartei (PP) von Ministerpräsident José Maria Aznar war vor den Augen seiner Frau und seiner Tochter durch mehrere Schüsse in den Kopf getötet worden.

Er wollte vor seinem Haus in seinen Dienstwagen steigen und mit Frau und Tochter zu einer Feier fahren, als ein Vermummter aus unmittelbarer Nähe sechs Kugeln vom Kaliber neun Millimeter Parabelum auf ihn abfeuerte. Der Täter konnte unerkannt zu Fuss entkommen. Ein Komplize sicherte möglicherweise den Fluchtweg. Spaniens Innenminister Jaime Mayor Oreja sagte, das Opfer sei von vier Kugeln getroffen worden. Die Munition sei auch bei früheren Attentaten von

der ETA benutzt worden. Zudem habe die ETA den Stadtrat seit längerem beschattet. Das Attentat zeige, dass die ETA ihre selbst auferlegte Waffenruhe zu einer Neuordnung genutzt habe.



In der Nacht zum Sonntag erschoss die ETA im südspanischen Malaga einen konservativen Lokalpolitiker. (Bild: Keystone)

Martin Carpena, von Beruf Angestellter der staatlichen Rentenversicherung, sass seit vier Jahren im Stadtrat von Malaga. Er wurde seit mehreren Monaten nicht mehr von Leibwächtern beschützt.

PP-Generalsekretär Javier Arenas sagte dazu, man sei nicht davon ausgegangen, dass die ETA im Süden Spaniens, 1000 Kilometer vom Baskenland entfernt, ein Attentat verüben werde. Die ETA hatte zuletzt vor zweieinhalb Jahren in Andalusien einen Kommunalpolitiker der PP ermordet.

Die ETA hatte im Dezember 1999 eine 14-monatige Waffenruhe angekündigt. Martín Carpena ist seitdem bereits das sechste Mordopfer.

Das Attentat löste in der spanischen Öffentlichkeit heftige Proteste aus. Mehrere Dutzend Bürger versammelten sich nach der Tat vor Carpenas Haus und protestierten gegen den Terrorismus. Die Stadtregierung verhängte eine dreitägige Trauer.